impulse

Informationsblatt des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE. Märkisch-Oderland

2
2022



Foto: Dietmar Barkusly

Müncheberg für Abstand zu Corona und AfD

Überlegungen von Dr. Dietmar Barkusky

Etwa 100 Menschen kamen am 17. Januar auf dem Marktplatz in Müncheberg zusammen, um an die in unserer Stadt an Corona verstorbenen Menschen zu erinnern. Sie dankten zugleich den Ärzten, Pflegern, Reinigungskräften und Menschen anderer Berufsgruppen, die in schwierigen Zeiten wichtige Arbeit leisten und nicht selten an ihre Grenzen kommen. Oft werden sie unzureichend entlohnt und von der Gesellschaft nicht gebührend wertgeschätzt. Die Veranstaltung wollte auch coronakritische Mitbewohner sensibilisieren, sich nicht von rechten Parteien und Gruppierungen vereinnahmen zu lassen, denn die sehen in der angespannten pandemischen Lage die Chance zu politischen Veränderungen ganz in ihrem Sinne. DIE LINKE der Stadt gehörte zu den Unterstützern der Kundgebung.

Das Thema Corona polarisiert unsere Gesellschaft zunehmend. Die Regierenden, die Mainstream und Social Media sind daran nicht ohne Schuld. Wir spüren auch in unseren Kommunen zunehmend einen rauen Ton in öffentlichen Debatten und persönlichen Gesprächen. Verbale und physische Gewalt nehmen zu. Doch das Corona-Virus gibt es nun mal. Es zu verharmlosen oder gar zu leugnen, wird nicht aus der Krise führen. Die Profiteure der Corona-Krise sind vor allem wenige reiche Großunternehmen. Die Zeche zahlt das Volk – der Steuerzahler und vor allem Beschäftigte, Kleinunternehmer und Unternehmen des Handels, des Gaststätten-, Hotel- und Freizeitgewerbes, die die Pandemie im Dauerzustand nicht verkraften.

Eine kritische Betrachtung der gegenwärtigen Situation ist angebracht, statt dem Staat und den regierenden Parteien bedingungslos zu trauen.

Fortsetzung auf Seite 4

Grüner Anstrich reicht nicht
Seite 2

„Spaziergänge“ hinterfragt
Seiten 4 und 5

Was macht KulTuS Buckow?
Seite 6

Wie real ist ein Krieg an russischer Grenze
Seite 7

Gastbeitrag

Einkommens- und Vermögensverhältnisse müssen geändert werden

Gastbeitrag von Susanne Hennig-Wellsow



Das Ergebnis der Bundestagswahl ist eine bittere Niederlage. Und wir müssen ehrlich und selbstkritisch sagen: Wir sind unserer gesellschaftlichen Verantwortung nicht gerecht geworden. Worin liegt diese Verantwortung?

DIE LINKE besteht darauf, dass sich Dinge ändern, weil wir sehen und spüren, wo es vielen Menschen an gesellschaftlicher Anerkennung, an sozialem Respekt, an ermöglichter Würde fehlt. Unsere Verantwortung ist es, alles in Bewegung zu setzen, damit Menschen besser, selbstbestimmter, sicherer und geborgener leben können. Es gilt, nicht nur die dringendsten sozialen und klimagerechten Korrekturen zu erreichen, sondern Verhältnisse grundlegend zu verändern. Daran, wie weit wir damit kommen, müssen wir uns auf allen Feldern der Auseinandersetzung messen: Wahlentscheidungen, Parlamenten sowie sozialen Kämpfen und Bewegungen.

Es gibt heute unendlichen Reichtum, großartige Erneuerungen, ungezählte Möglichkeiten auf der Welt. Aber man muss nur einmal Nachrichten schauen, um zu wissen, dass stattdessen häufig Gewalttätigkeit, Ausschluss und Ungleichheit herrschen. Wir alle bringen zusammen den gesellschaftlichen Reichtum hervor. Einige Wenige eignen sich einen großen Teil davon an. Das ist nicht nur ungerecht, es ist im Kern auch zerstörerisch, wie man an der Klimakrise sieht. Also sollte es nicht so sein. Ideen von sozialer Gerechtigkeit, ungeteilter Solidarität und globaler Menschlichkeit werden solange blockiert sein, wie die kapitalistische Wirtschaftsordnung und ihre Regeln unangetastet bleiben. Eine fortschrittliche Politik, wie ich sie verstehe, muss hier mutig deutliche Veränderungen einleiten. Die Ampel-Koalition denkt über eine ökologische Modernisierung des Kapitalismus nach, aber nicht darüber hinaus. Sie redet von Fortschritt, aber wem kommt der wirklich zugute? Was nützt es, „Gerechtigkeit“ zu sagen, wenn die sozial- und verteilungspolitischen Vorhaben dann gar nicht entsprechend ausfallen? Was ist das für eine „Freiheit“, der das soziale Fundament fehlt, die erweiterten persönlichen Möglichkeiten auch zu ergreifen? Und was soll ich von einer „Nachhaltigkeit“ halten, die man vor allem mit der Entfesselung privaten Kapitals erreichen will, also in der Weise, die uns in die Klimakrise überhaupt erst geführt hat?

Stattdessen bräuchten wir große Schritte in Richtung eines am gesellschaftlichen Nutzen orientierten Produzierens. Was allen zugutekommen soll, muss viel stärker öffentlich und demokratisch organisiert werden. Für mich wäre es auch ein Fortschritt, wenn die Daseinsvorsorge, die Grundlagen, die man zum Leben braucht, wie Wasser, Strom, Energie und vieles mehr selbstverständlich für alle zur Verfügung gestellt werden. Gerade in Zeiten großer Veränderungen gehört die Versorgung mit dem Nötigsten ins Zentrum von Regierungspolitik. Das ist doch auch der Weckruf der immer noch grassierenden Pandemie, dass es der Markt eben nicht alleine richtet. Ein echter Fortschritt wäre es auch, nicht nur ein paar soziale Schieflagen zu korrigieren, wie es die Ampel nun sehr vage ankündigt, sondern mutig in die realen Einkommens- und Vermögensverhältnisse einzugreifen.

Wir stellen uns der Aufgabe, die Klimakatastrophe zu stoppen und Klimaschutz in eine umfassende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft einzubetten. Linke Politik auf der Höhe der Zeit bedeutet, soziale und ökologische Kämpfe zusammen zu denken. Wird der Wandel richtig angepackt, lassen wir dabei niemanden zurück, wird die Lebensqualität der Menschen insgesamt steigen – trotz der einzusparenden Ressourcen.

Die Aufgabe unserer Zeit ist eine sozial-gerechte und ökologisch wirkungsvolle Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, die Ungleichheit zurückkämpft, soziale Sicherheit und sinnvolle Arbeit schafft und sicherstellt, dass wir unseren Kindern und Enkeln einen lebenswerten Planeten hinterlassen.

Der notwendige ökologische Umbau braucht ein starkes soziales Fundament. Ohne den Ausbau sozialer Rechte wird die Transformation scheitern. Ohne soziale Gerechtigkeit und eine Stärkung der Demokratie auch in der Wirtschaft werden wir die Klimaziele nicht erreichen. Hier machen wir Vorschläge, wie eine gerechte und wirkungsvolle Transformation gelingen kann, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft macht und die Menschen in den Mittelpunkt der Umgestaltung stellt.

LINKE vor Ort

Noch immer aktuell: soziale Spaltung und Krieg

Eindrücke von Renate Adolph vom Gedenken an Karl und Rosa

Es tut gut, sich mit Gleichgesinnten wieder einmal zu treffen, sich herzlich auf die Schulter zu klopfen und sich über das aktuelle Geschehen auszutauschen. Traditionell gehört auch das zum ehrenden Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Anfang Januar. In diesem Jahr sind trotz verschärfter Coronabestimmungen überraschend viele Menschen – mehrere Tausend – zur Gendenkstätte der Sozialisten nach Berlin Friedrichsfelde gekommen. Ich freue mich, zahlreiche vertraute Gesichter – auch aus unserer Region – wiederzusehen. Besonders beeindruckend ist der gefühlt nicht enden wollende Demonstrationszug „Fight and Remember", der aus Richtung Frankfurter Tor den Gedenkort erreicht. Vor allem viele junge Leute sind dabei. Und wie immer sehr erfrischend artikulieren u. a. progressive griechische, iranische, kurdische, türkische und lateinamerikanische Verbände unüberhörbar mit Sprechchören ihre politischen Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen.

Es ist erstaunlich, wie viele linke Gruppierungen aus Deutschland sich wenigstens hier zu Ehren der einstigen Mitbegründer der KPD zusammenfinden und gemeinsame Stärke demonstrieren. Schade, dass diese geballte Kraft darüber hinaus kaum zusammenfindet. „Wir Mitglieder der LINKEN ehren gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften Karl und Rosa, die gegen den Krieg und für den demokratischen Sozialismus gekämpft haben", erklärt die Linkspartei an diesem Gedenktag. Leider bedarf es noch immer aktiven geballten Engagements gegen soziale Spaltung und gegen Krieg. Dafür haben Karl und Rosa gestritten und wurden ermordet.



Wie kommen wir aus der Krise?

Notizen aus Redebeiträgen auf Landesparteitag der LINKEN

Mitte Januar beriet Brandenburgs LINKE auf einem Online-Parteitag, was nach dem desaströsen Ergebnis bei der Bundestagswahl zu tun ist, um wieder bei den Menschen Gehör und Anklang zu finden:

Katharina Slanina *(Landesvorsitzende):*
Wir müssen unterscheidbarer und mit unseren sozialen Themen wieder sichtbarer werden. – Zerstrittene Parteien werden nicht gewählt. – Corona hat die Webfehler des kapitalistischen Gesellschaftssystems vor Augen geführt. – Die Ampel beweist jeden Tag, warum es eine linke Kraft braucht: miteinander, nicht gegeneinander.

Susanne Hennig-Wellsow *(Bundesvorsitzende):*
Die Wähler haben faktisch entschieden: Wir haben keinen Gebrauchswert für sie. – Wir müssen die Menschen mitnehmen und auch mehr außerparlamentarisch weiter wirksam werden. – Die Klimafrage ist die Herausforderung in der Gegenwart.

Sebastian Walter *(Fraktionsvorsitzender im Landtag Brandenburg):*
Wir bilden eine konstruktive Opposition für die Interessen der Menschen. – Eigentumsfragen sind Machtfragen und wir stellen sie. – Wir müssen uns auf unsere kommunale Stärke besinnen und bei den Menschen sein.

Marlen Block *(Abgeordnete im Landtag Brandenburg):*
Wir müssen Lobbyisten der Ungehörten sein mit strikter Kapitalismuskritik. – Unterschiede der LINKEN zu anderen Parteien müssen deutlich gemacht und Alternativen aufgezeigt werden.

Hanna Sophie Dietrich *(solid):*
Wir haben viele junge Mitglieder mit Lust auf Parteiarbeit. – Neue Ideen sind gefragt. – Parteileben muss mehr sein als Beratungen und auch Spaß machen.

Martin Günther *(Mitglied des Landes-Parteivorstandes):*
DIE LINKE muss das perverse System des Kapitalismus in-frage stellen und ihre Funktion als Friedens-, Gerechtigkeits- und ökologische Partei verdeutlichen. – Gesundheit und Wohnen, Daseinsvorsorge insgesamt, müssen der Profitlogik entzogen werden und in öffentliche Hand.

Isabelle Czok-Alm *(Barnim):*
Die Anbiederung an Regierungsbeteiligung war ein Fehler. – Wir müssen eigene Positionen hervorheben. Unsere Ideen und Forderungen gehören in die Öffentlichkeit, nicht unsere Streitigkeiten. – Wir werden gebraucht in der neoliberalen Gesellschaft. *r. a.*

Kolumne

Müncheberg für Abstand zu Corona und AfD

Überlegungen von Dr. Dietmar Barkusky

Fortsetzung von Seite 1

Um der zunehmenden Polarisierung und der Aggressivität im politischen Meinungsstreit entgegenzuwirken, ist es aber auch wichtig, selbstkritisch das eigene Handeln in der politischen Auseinandersetzung zu hinterfragen.

Neben nachdenklichen Wortbeiträgen ergriff auch der Veranstalter der Demonstration in Müncheberg, Maximilian Jakob, das Wort. In seiner engagierten Rede betonte er, dass nicht pauschalisiert werden dürfe, dass die Menschen, die ihren Protest gegen die Corona-Politik äußerten, nicht zwangsläufig mit AfD, Rechten oder Nazis gleichzusetzen seien. Seine ehrlich gemeinten Äußerungen gingen jedoch in dem emotionalen Auftritt förmlich unter. Seine Rede löste gemischte Gefühle bei Teilnehmern der Demonstration aus, auch deshalb, weil er die Polizei unter Generalverdacht stellte, sie würde „auf dem rechten Auge blind“ sein. Sie ließe Rechtsradikale gewähren und würde stattdessen linke Kräfte und Antifaschisten ins Visier nehmen. Obwohl Einsätze der Polizei, besonders in Sachsen, mitunter diesen Anschein erwecken, ist diese Pauschalisierung falsch. Im Übrigen ist die Polizei die Exekutive, die Marschrichtung bestimmt die Politik.

Demokratie lebt von der freien Meinungsäußerung, und was auf Demonstrationen verkündet wird, muss nicht jedem Teilnehmer gefallen. Menschen, die sich kritisch zu den Corona-Maßnahmen und zum Impfen äußern, die ihre persönliche Freiheit und körperliche Unversehrtheit gefährdet sehen, Querdenker, Corona-Verharmloser oder gar Leugner des Coronavirus – wie auch immer sie genannt werden, sie haben ebenso das Recht auf eine öffentliche Meinungsbekundung, natürlich im Rahmen der gesetzlichen Regeln. Sie pauschal in eine Ecke zu stellen, ist nicht nur falsch, sondern trägt zu einer Spaltung unserer Gesellschaft bei, die einen sachlichen Meinungsstreit erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht. Ich kenne Menschen in meinem Umfeld, die Kritiker der Corona-Politik und gegen Impfpflicht sind, die einmal links oder grün wählten und nun nicht mehr wissen, wem sie eigentlich noch trauen sollen. In den Medien, in öffentlichen Debatten, auch im linken Spektrum, wird nicht selten leichtfertig pauschalisiert. Begriffe wie „Verschwörungstheoretiker“ haben Hochkonjunktur, eignen sie sich doch bestens, unliebsame Menschen zu diskreditieren, sie ins Abseits zu befördern. Doch, wo beginnt Verschwörungstheorie? Was ist glaubhaft und was eben nicht? Wer sagt, wo die Grenze zu ziehen ist? Wer fundamentale Kritik am kapitalistischen, profitorientierten System äußert und das Agieren des Staates hinterfragt, gerade in Zeiten von Krisen, läuft Gefahr, zum Verschwörungstheoretiker abgestempelt zu werden. „Moral wird in dieser Zeit zu einer Frage des Geldes und Geschichte zur Lüge, auf die man sich geeinigt hat.“ Ich weiß nicht, wer der Urheber dieses Zitates ist. Mir gefällt es, denn das Geld regiert die Welt, und die Geschichte verlief nicht immer so, wie offiziell dargestellt und in den Schulen gelehrt wird. Die Herrschenden bestimmen den Mainstream. So war es schon immer.

Es bleibt zu wünschen, dass die besorgten corona- und impfkritischen Menschen in unserem Land, die den Aufrufen der politischen Rechten, einschließlich AfD, folgen und ihnen damit politische Unterstützung geben (nichts anderes wollen sie), sich später nicht eingestehen müssen: „Das haben wir nicht gewollt!“, so wie es vor nahezu 90 Jahren nach der Machtergreifung der Nazis und nach Kriegsende 1945 viele Menschen, leider nicht alle, taten. Die rechten Parteien spüren Aufwind. Ihr Erstarken in Krisenzeiten zu verhindern ist Aufgabe der demokratischen Kräfte in unserem Land, ganz besonders der antikapitalistischen Linken. Denn die aktuelle Krise offenbart die Schwächen des kapitalistischen Systems, das die Gesellschaft zunehmend spaltet und die Menschen entsolidarisiert, das den Egoismus befördert und profitorientiert agiert. Wir müssen es dazu nicht kommen lassen, nur dazu bedarf es demokratischen Engagements und eben Mut, um etwas dagegen zu tun.



Gegen Vereinnahmung von „Corona-Spaziergängen“ Strausberg am 31. Januar

Zeitzeugen

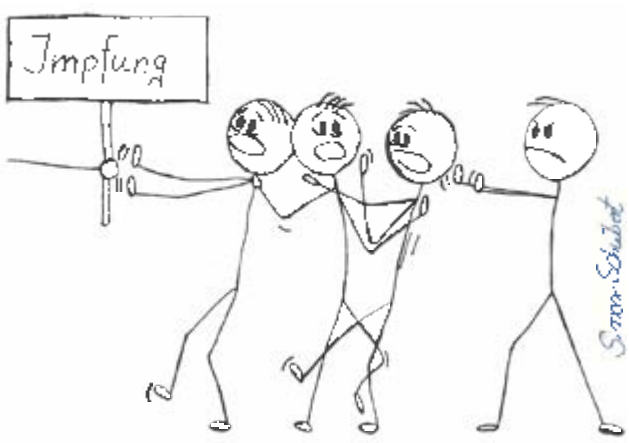
Gehen Sie Impfen! Bewahren Sie Ihren Anstand!

Schäfermeister Frank Hahnel appelliert auf einer Gegendemo in Müncheberg

„Meine Tante starb am 1. Januar 2020, meine Mutter am 6. Februar 2020, mein Stiefvater nur sechs Tage später. Nach allem, was ich heute weiß, an Corona. Mein Onkel kämpft noch mit den Spätfolgen seiner Corona-Erkrankung. In der Ski-Reisegruppe eines Bekannten hatten sich Anfang 2020 von den 19 Urlaubern 17 infiziert. Erst warf man der Regierung vor, zu wenig zu tun. Heute wirft man den Regierenden vor, dass sie zu viel für unser aller Wohlergehen anordnen.

Als Tierwirtschaftsmeister weiß ich, wie wir mit Tierseuchen umgehen, wie rigoros gerade versucht wird, die Schweinepest an der Ausbreitung zu hindern und welches Leid dies für die Tiere bedeutet und für die Leute, die mit ihnen arbeiten und sie töten müssen. Auch das ist ein Virus. Bei der Geflügelgrippe wird wegen eines erkrankten Huhnes der ganze Stall getötet, auch gesunde Tiere.

Bei uns Menschen geht es darum, mit Impfungen und Maskenpflicht ein unser aller Gesundheit bedrohendes Virus aufzuhalten. Die Forschung hat uns dafür einen Impfstoff gegeben. Die Beschäftigten in den medizinischen Einrichtungen und der Pflege riskieren jeden Tag für uns ihre eigene Gesundheit. Ist es nicht fair, auch für deren und unser aller Gesundheit und Wohlergehen etwas zu tun? Ich rufe Sie auf: Gehen Sie Impfen! Halten sie Abstand und bewahren sie sich ihre Nächstenliebe und ihren Anstand!“



Corona-Proteste in Märkisch-Oderland – rechtsoffen und gefährlich

In einer gemeinsamen Erklärung mahnen die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt (BOrG) und der Verein Verfolgter des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Märkisch-Oderland, dass sich bundesweit eine heterogene Mischung aus Impfunwilligen, Corona-Leugner*innen, AfD-Politiker*innen bis hin zu organisierten Neonazis zu selbsternannten „Montagsspaziergängen“ zusammenfinden. Die „Spaziergängen“ finden in größeren Dimensionen auch in Strausberg, Wriezen, Altlandsberg, Bad Freienwalde, Neuenhagen, Fredersdorf, Müncheberg, Buckow und Seelow, zumeist ohne offizielle Anmeldung, ohne Beachtung des Mindestabstandes und ohne Masken statt.

Dass es sich bei den Demonstrationen um politische und durchaus auch rechte Veranstaltungen handele, zeige ein Blick auf Teilnehmer*innen und Ton in den entsprechenden Telegramgruppen, unterstreicht die Erklärung. So liefen in Strausberg Mitglieder der 2005 verbotenen neonazistischen Kameradschaft ANSDAPO mit, darunter z. B. Falko Hesselbarth. Auch der bundesweit vernetzte rechte Kampfsportler und Musiker der Band „Exzess“, Tobias Vogt, war bereits dabei sowie Malwig Stelter und weitere Mitglieder der gewaltbereiten rechten Jugendgruppe Division MOL.

Die Erklärung verweist zudem darauf, dass sich Anfang Dezember zeitgleich in mehreren Orten Brandenburgs sogenannte Telegramgruppen „steht auf“ gegründet haben. In Märkisch-Oderland koordiniere eine Person zentral die jeweiligen Spaziergänge und führe Buch über die Anwesenheiten. Es werde dazu aufgerufen, antifaschistisch Aktive in den Gruppen an die Moderation zu melden und aus den Gruppen zu entfernen. Die Strausberg-Gruppe habe im Rahmen des Angebots eines Kinderimpftages in der Tagespflege „Im alten Lokschuppen“ am 15. Januar 2022 zu Protesten aufgerufen. Es sei gedroht worden, den*die Impfärzt*in herauszufinden und diese persönlich zu besuchen. Solche Drohungen gegen medizinisches Fachpersonal reihten sich ein in eine sich zuspitzende gesellschaftliche Stimmung, in der aus Drohungen auch Gewaltanwendung werde. Wenig überraschend sei es demzufolge bei einer Demonstration auch zu einer massiven Bedrohung von vermummten Neonazis gegen einen beobachtenden Vertreter der VVN-BdA gekommen.

Die Verfasser der Erklärung appellieren, den extrem rechten Charakter der Aufzüge zu entlarven und gleichzeitig eine solidarische Kritik an den Maßnahmen zu formulieren.

(ungekürzt auf horte-srb.de/corona-proteste-in-maerkisch-oderland-rechtsoffen-und-gefährlich/)

Vorgestellt

Kinder, Jugendliche, Bilderbuchfestival, Klassik im Grünen, BürgerBühne

Vereinsvorsitzende Carolin Schönwald stellt den KulTuS e. V. Buckow vor

Der KulTuS e. V. unterstützt vor allem Kinder, Jugendliche, Familien, kreative Projekte sowie ein lebendiges, kulturreiches Gemeinwesen. Als anerkannter, freier Jugendhilfeträger ist unser Buckower Verein seit 1993 hauptsächlich in der Märkischen Schweiz tätig. Dabei sind unsere Aufgaben sehr vielfältig und bedarfsorientiert: Neben den Fachkräften für offene und mobile Jugendarbeit sowie Hilfen zur Erziehung, hat KulTuS eine Reihe von innovativen Projekten angeschoben bzw. unter seiner Schirmherrschaft. Dazu gehört u. a. immer im Herbst das Internationale Bilderbuchfestival mit Lesungen, Workshops, Ausstellungen an mehreren Orten mit renommierten Illustratoren aus Mittel- und Osteuropa. Auch das seit Jahren etablierte Format „Klassik im Grünen“ in Buckow sowie die Rückkehrinitiative hierzulande(n) mit Coworking-Space im Café THÄLMANNS in Müncheberg erfreuen sich großer Beliebtheit.

Seit 2016 ist KulTuS dank einer Förderung durch die Robert Bosch Stiftung in Besitz eines Omnibusses. OTTO ist ein als mobiler Veranstaltungsraum umgebauter, ausrangierter Linienbus, der einerseits als ergänzendes Mobilitätsangebot für Senior*innen- und Jugendarbeit, Menschen mit Flüchtlingshintergrund etc. genutzt wird, andererseits aber auch für Veranstaltungen dient. Der Bus verfügt über eine Dachterrasse, die als Bühne fungiert und über diverse technische Ausstattung für autarke Events in unserem Landkreis. Mit Kleinbus und Anhänger, vollgeladen mit Ausstattung für Medien, Kunst, Spiel oder Sport suchen wir in regelmäßigen Abständen Gemeinden im Amt Märkische Schweiz auf und gestalten vor Ort Angebotsnachmittage.

www.kultus-verein.de

Zum Jahresbeginn hat der Verein die Trägerschaft für den Fürstenwalder Südclub übernommen und ist damit auf eine stattliche Größe von 18 hauptamtlichen pädagogischen Fachkräften angewachsen und sein Portfolio an Jugend- und Gemeinwesenarbeit um kreative Bauspielplatzbeteiligungsarbeit komplettiert.

Im Jahr 2016 gründeten Vereinsmitglieder in Buckow mit dem lokal. eine zentral gelegene Begegnungsstätte. In dem „verlängerten Wohnzimmer“ für Groß und Klein gibt das FamilienCafé mit hausgemachten Leckereien Kinderangebote, FreitagsBars, KulturEvents, Filmabende und SonntagsFrühstück. 2018 erhielt das lokal. den Demografiepreis des Monats von der Brandenburger Staatskanzlei.

www.lokal-buckow.de

Das lokal. ist auch das Zuhause der [BürgerBühne]. Hier werden seit 2016 gemeinderelevante Themen außerparlamentarisch diskutiert und innovative Lösungen erarbeitet. (Kommunal-)Politische Themen, kontroverse Debatten, Beteiligtsein von Bürger*innen auf Augenhöhe mit Politik und Verwaltung – das alles vereint die [BürgerBühne]. Die Diskussionen sind dazu gepaart mit passender Kulinarik, Dekoration im Dorfgemeinschaftshaus und einer spritzigen Kurzinszenierung mit bekannten lokalen Gesichtern. Mit dem Projekt wurde ich 2020 zu meiner großen Freude zur Neulandgewinnerin des Landes Brandenburg gekürt.

www.buergerbuehne-brandenburg.de

Carolin Schönwald ist Mutter von drei Söhnen, Theaterpädagogin, Sozialarbeiterin und Lehrerin. Seit 2019 ist sie Stadtverordnete in Buckow und mobilisiert regelmäßig Ehrenamtliche und Engagierte zur [BürgerBühne], um mithilfe von Bürgerbeteiligung eine neue Dynamik und Transparenz in politische Prozesse zu bringen. Seit einigen Monaten ist sie Mitglied der LINKEN.

www.caro-schoenwald.de

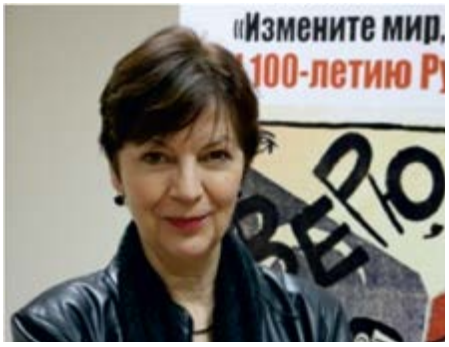


KulTuS bringt Lokalthemen auf die [BürgerBühne]

Zeitzeugen

Wie real ist die Kriegsgefahr zwischen Russland und der Ukraine?

Aus Moskau analysierte Kerstin Kaiser die angespannte Lage



Kerstin Kaiser, Leiterin des Moskauer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Um mit Um mit Kerstin Kaiser die angespannte Situation an der ukrainischen Grenze zu diskutieren, haben sich am 2. Februar mehr als 170 höchst interessierte Teilnehmer einem Video-Meeting des kommunalpolitischen forums Brandenburg e. V. zugeschaltet.

Gleich zu Beginn erläuterte die Leiterin des Moskauer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dass aus ihrer Sicht eine Kriegsgefahr real sei. Sie könne aber keine Absicht Russlands erkennen, die Ukraine zu überfallen. Sie mache aber eine zunehmende Militarisierung der Politik überall in der Welt aus. Als aufmerksame Beobachterin nehme sie seit Jahren im westlichen Mainstream, eine öffentliche Meinungsbildung gegen Russland wahr. Bei alternativen Sichtweisen wie von Matthias Platzeck und Gabriele Krone-Schmalz würden Kenner des Landes als Russlandversteher diffamiert und ausgebremst. Letztlich gehe es in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um Profit-, Wirtschafts-, Macht- und Grenzinteressen von kapitalistischen Ländern.

Die Zuspitzung sei in den zurückliegenden Jahren aus zahlreichen NATO-Manövern in der Nähe russischer Territorien gewachsen. Deutsche Soldaten seien u. a. an Defender 2020 mit flexiblen Einsätzen beteiligt gewesen. Kaiser unterstrich, die Forderungen Russlands gegenüber NATO und USA seien aus seinem Sicherheitsbedürfnis verständlich. Der diplomatische Blitzkrieg hätte nach ihrer Wahrnehmung aber zu nichts geführt. Die Konfrontation sollte nicht weiter erhöht werden, damit sie nicht außer Kontrolle gerate. Neue Vertragsverhandlungen über ein stabiles Sicherheitssystem seien notwendig, so Kaiser. r. a.

Das Sterben an polnisch-belarussischer Grenze beenden!

Andrea Johlige berichtet über katastrophale Verhältnisse vor Ort

„Am Anfang dachten wir, wir helfen den Menschen einfach nur. Inzwischen wissen wir, wir retten Leben.“ Die Frau, die diesen Satz sagt, ist um die 40 Jahre alt und lebt im Grenzgebiet von Polen zu Belarus. Sie habe eine Familie und einen Hof, erzählt sie. „Ich habe jeden Tag das Risiko, verhaftet zu werden, wenn ich den Flüchtlingen im Wald helfe. Aber was ist dieses Risiko gegen das Risiko, dass Menschen sterben?“ Die Geflüchteten litten unter Hunger, Kälte und Gewalt.

Was unsere kleine Delegation LINKE-Abgeordneter aus Europaparlament, Bundestag und Landtagen Mitte Januar im polnisch-belarussischen Grenzgebiet erfährt und sieht, ist erschütternd: Geflüchtete, die in die Europäische Union gelangen wollen, sitzen noch immer in Wäldern und Sümpfen ohne humanitäre und medizinische Hilfe fest. Sie werden von Polizei, Militär und rechten Bürgerwehren gejagt und misshandelt. Viele von ihnen werden illegal von Polen nach Belarus zurückgewiesen. Ihnen wird somit der Zugang zu einem fairen Asylverfahren verwehrt. Bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt, ohne Zugang zu Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung spielt sich hier in Europa eine humanitäre Katastrophe ab. Die polnischen Behörden haben das Grenzgebiet zur Sperrzone erklärt und lassen weder Nothilfeorganisationen, medizinisches Personal, noch unabhängige Pressevertreter passieren. Viele Geflüchtete, die es nach Polen schaffen, werden in der Regel in Lagern inhaftiert. Es gibt Berichte über unerträgliche Zustände in diesen Lagern, speziell auch in Wędrzyn.

Wir fordern: Die Europäische Union muss illegale Pushbacks und das rechtswidrige Handeln von EU-Mitgliedsstaaten – nicht nur in Polen – endlich stoppen! Flüchtenden muss der Zugang zum Asylverfahren garantiert werden.



Wald- und Moorgebiet an der polnisch-belarussischen Grenze

Die Bundesregierung spricht in ihrem Koalitionsvertrag davon, dass sie das Leid an der EU-Außengrenze beenden möchte. Dann muss sie jetzt handeln und Geflüchtete aus Polen, aber auch aus Belarus, evakuieren. Einzelne Bundesländer und Hunderte Städte und Kommunen stehen als „Sichere Häfen“ bereit.

Bürgerbüros

Bettina Fortunato (MdL)
Bürgerbüro Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon:(0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de
Montag bis Donnerstag
9.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstellen

Kreisgeschäftsstelle MOL
www.dielinke-mol.de
info@dielinke-mol.de

Strausberg
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon:(0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
strausberg@dielinke-mol.de
www.dielinke-strausberg.de
Montag bis Donnerstag
10.00 -12.30 Uhr

Bad Freienwalde
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
frw@dielinke-mol.de
www.dielinke-frw.de
jeden 1. Dienstag im Monat
9.30 -11.30 Uhr
und jeden Donnerstag
16.00 - 18.00 Uhr

LinksTreff Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de
Montag bis Mittwoch
9.00 -12.00 Uhr

Nächste Ausgabe
Redaktionsschluss: 1. März 2022
Erscheinen: 15. März 2022

Treffpunkt Große Straße 45

Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Strausberg, Große Straße 45, entsprechend der geltenden Corona-Bestimmungen:

Gemeinsames Frühstück
jeden Freitag, 9 bis 11 Uhr

Rotes Café
jeden 2. Donnerstag, 15 bis 17 Uhr,
17. Febr., 3. März und 17. März

Kostenlose Rechtsberatung – DIE LINKE hilft
jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr,
vor Ort oder
https://videokonferenz.die-linke.de/b/mat-olu-Osb-etw

Beratung des Kreisvorstandes
16. Februar, 18.30 Uhr,
Video-Schalte zu erfragen
unter Tel.: 0 33 41/31 17 96

Gedenken an Nazi-Opfer

In vielen Orten wurde am 27. Januar der Millionen Opfer des Faschismus gedacht.
Am Denkmal in Seelow eröffnete auf Einladung der LINKEN der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Wolfgang Heinze, die Ehrung mit eindringlichen und erinnernden Worten. Bürgermeister, Jörg Schröder, mahnte in seiner Rede, stets wachsam zu sein, damit sich nicht wieder faschistisches Gedankengut breit machen könne. Insbesondere die Jugend müsse über rechte Ideologien und deren zunehmende Verbreitung in Deutschland wie in ganz Europa aufgeklärt werden.
In Strausberg führten Jugendliche der S5-Antifa und des VVN-BdA im Anschluss der Ehrung am OdF-Denkmal Interessierte zu früheren Wohnorten von Strausbergern, die während der Naziherrschaft ihr Leben lassen mussten.

LINKE. Strausberg lädt zu buntem Programm für Frauen ein

Am **8. März**, dem **Internationalen Frauentag**, lädt DIE LINKE Strausberg von **12 bis 16 Uhr** zu einem **vielfältigen Programm** entlang der Großen Straße ein.

Auftakt bildet ein Infostand am Landsberger Tor. Gewerbetreibende werden in ihren Schaufenstern entlang der Straße feministische Kunst ausstellen. Schließlich erwartet die BesucherInnen in der Großen Straße 45 Kaffee, Sekt und Kuchen sowie die Ausstellung des DGB „Frauenarbeit – Frauenalltag – Frauenrechte“.

Für Kids wird es eine Lese-Ecke und eine Handpuppen-Show geben.

Wer macht mit?

Die Mitglieder der LINKEN. Märkisch-Oderland wählen auf einer Gesamtmitgliederversammlung einen neuen Kreisvorstand:

19. Februar, 10 bis 16.30 Uhr, Kulturhaus Seelow, Erich-Weinert-Straße 13.

Es gelten die 3G-Regelungen.

Die Genossinnen und Genossen bestimmen außerdem einen neuen Verantwortlichen für Finanzen, eine neue Revisionskommission, Delegierte und Ersatzdelegierte für den Landesparteitag Brandenburg und den Bundesparteitag der LINKEN.

Wer kandidieren möchte, ist herzlich willkommen und kann sich gern in der Geschäftsstelle der LINKEN melden:

info@dielinke-mol.de
oder Tel. 0 33 41/31 17 96

IMPRESSUM
Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.
V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Simone Schubert, info@dielinke-mol.de.
Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat